

Bis zu 200 Milliarden in der Schweiz

Laut Marcel Rohner, Präsident der Bankiervereinigung, haben Russen mehr Vermögen auf Schweizerischen Bankkonten als gedacht. Insgesamt geht es um einen dreistelligen Milliardenbetrag.

Daniel Zulauf

ZÜRICH. Offenbar ist die Risikoexposition des Schweizer Bankensektors gegenüber Russland doch grösser, als dies der Bundesrat am 28. Februar anlässlich der Übernahme der Sanktionsbestimmungen der Europäischen Union zugeben wollte. Auf die Journalistenfrage, wie bedeutend die Gelder russischer Kunden für die Schweizer Vermögensverwaltungsbranche seien, sagte Finanzminister Ueli Maurer auf der damaligen Pressekonferenz in Bern: «Sie figurieren unter ferner liefen.»

Bis zu 200 Milliarden Franken

Diese Aussage hat die Schweizerische Bankiervereinigung an ihrer Jahrespressekonferenz gestern in Zürich erstmals konkretisiert und damit indirekt auch relativiert. Tatsächlich gehe es um 150 bis 200 Milliarden Franken, sagte Bankierpräsident Marcel Rohner auf Nachfrage von Medienvertretern.

Es handelt sich also um eine bedeutende Summe. Sie repräsentiert immerhin mehr als zwei Prozent aller von der Schweizerischen Nationalbank erfassten verwalteten Vermögen in der Schweiz. Am Gesamtbestand der in der Schweiz liegenden Vermögen ausländischer Kunden haben die russischen Vermögen sogar einen Anteil von über vier Prozent.

Nicht bekannt ist, welchen Anteil daran die russischen Oligarchen haben. Diese wurden von der EU im Februar auf die von der Schweiz vollumfänglich übernommene Sanktionsliste gesetzt und ihre Vermögen sind seither vollständig eingefroren. Eine überschlagsmässige Schätzung durch Aggregation der kolportierten Vermögen sanktionierter Personen wie Alisher Usmanow, Gennadi Timtschenko oder Viktor Vekselberg, die mindestens teilweise in der Schweiz wohnhaft sind, lassen die Vermutung zu, dass der grösste Teil der Russengelder in der Schweiz nicht von bekannten russischen Oligarchen stammen kann.

Vielmehr dürfte ein grosser Teil der hiesigen Russengelder aus dem Kreis einer Oberschicht stammen, die der Schweiz nicht zuletzt auch als Touristen regelmässig die Aufwartung macht.

Beliebtes Ferienziel

Immerhin verbuchte die Schweizer Hotellerie bis zur Pandemie rund 350 000 Übernachtungen von russischen Gästen – mehrheitlich im Luxus-



Die Sanktionen gegen Russland könnten für den Bankenplatz Schweiz – im Bild der Paradeplatz in Zürich – Folgen haben.

BILD KEY

segment, wie man in einer Broschüre von Hotellerie Suisse aus dem Jahr 2019 nachlesen kann.

Historisch betrachtet ist der Erfolg der Schweizer Banken im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft quasi ein Nebenprodukt des Tourismus. «Die Reisenden kamen in Basel oder in Genf mit dem Zug über die Grenze, um in der Schweiz ihre Ferien zu verbringen und bei der Gelegenheit auch mit ihrem Privatbankier zu sprechen», schilderte der bekannte Zürcher Bankier Hans J. Bär vor 15 Jahren in seinen Memoiren den Aufschwung dieser Industrie. Dieser Aufschwung konnte sich durch die Entwicklung neuer Märkte wie zum Beispiel Russland weiter beschleunigen, trotz internationaler Steuertransparenz und einer verstärkten Repatriierung von Kundenvermögen aus westeuropäischen Ländern.

«Die Sanktionen sind ein politischer Entscheid und sie zeigen, welche Werte auch in der Schweiz hochgehalten werden.»

Marcel Rohner
Präsident der Bankiervereinigung

Vor diesem Hintergrund könnten die scharfen Sanktionsmassnahmen des Westens gegen Russland und dessen vermögende Bürgerinnen und Bürger die Schweizer Banken teurer zu stehen kommen, als diese im Moment wahrhaben wollen. Seit der Totalrevision der Sanktionsverordnung vom 4. März treffen die Sanktionen nebst den namentlich bekannten Oligarchen auch andere Personen: russische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger oder in Russland wohnhafte Personen, die ein Vermögen von mehr als 100 000 Franken auf einer Schweizer Bank deponiert haben.

Die Gelder bleiben für die Kontoinhaber zwar verfügbar, aber ein Ausbau des Geschäfts ist verboten. Die Banken sind angehalten, die Bestände ihrer russischen Kunden (ohne Nennung des Begünstigten) bis zum 3. Juni dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zu mel-

den. Was danach geschieht, ist nicht klar. Aber es ist offensichtlich, dass die EU im Bedarfsfall in der Lage sein will, auch die Vermögen einer breiteren russischen Elite blockieren zu können.

Eine Kritik am Schweizer Sanktionsregime lässt sich Bankierpräsident Rohner nicht entlocken, trotz der potenziell nicht ganz so unerheblichen Folgen für den Schweizer Finanzplatz. «Die Sanktionen sind ein politischer Entscheid und sie zeigen, welche Werte auch in der Schweiz hochgehalten werden», sagt Rohner. Vielleicht fällt den Schweizer Bankiers das Akzeptieren des Sanktionsregimes auch deshalb leichter, weil sich alle westlichen Finanzplätze daran halten. «Ich sehe keine plausible Begründung dafür, weshalb die Sanktionen die Konkurrenzfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes beeinträchtigen sollten», sagt Rohner.

SP präsentiert Plan B für Frontex

Bei einem Nein zum Ausbau der EU-Grenzschutzbehörde droht das Schengen-Aus. So weit soll es nach der Abstimmung vom 15. Mai nicht kommen.

Othmar von Matt

BERN. Er ist das gemässigte Gesicht der SP-Kampagne gegen die Weiterentwicklung der EU-Grenzschutzagentur Frontex: Daniel Jositsch, 56, Ständerat, Strafrechtsprofessor an der Uni Zürich: und Vertreter des Reformflügels der Partei.

Am 15. Mai stimmt die Schweiz über den Frontex-Ausbau ab. Sie soll jährlich bis zu 61 Millionen Franken zahlen an die EU-Grenzschutzbehörde statt wie 2021/24 Millionen. Und sie soll ihr Personalkontingent von sechs auf 40 Vollzeitstellen erhöhen. Die SP hat ein Problem mit Frontex, welche für die «Festung Europa» steht, die Migranten und Migrantinnen abschottet – und das auch mit illegalen Mitteln wie Pushbacks.

Die SP sei nicht gegen Frontex per se, betont Jositsch. Sie wolle aber «flankierende Massnahmen». Es gehe darum, dass Flüchtlinge auf einem «normalen

Weg in die Schweiz» kommen könnten. Deshalb hat die SP-Fraktion gestern entschieden, wie sie vorgehen will, sollte die Bevölkerung am 15. Mai tatsächlich Nein sagen zum Frontex-Ausbau. Denn damit wäre die Schweizer Schengen-Mitgliedschaft in Gefahr, so argumentiert zumindest Justizministerin Karin Keller-Sutter.

SP verlangt politischen Preis

Damit es nicht so weit kommt, würde die SP im Plan B dem Frontex-Ausbau zustimmen. Doch dafür verlangt sie einen politischen Preis: Die Schweiz soll mehr Resettlement-Flüchtlinge aufnehmen. Jositsch reicht diese Woche eine entsprechende parlamentarische Initiative ein: «Es braucht nun legale Fluchtrouten als innerstaatliche humanitäre flankierende Massnahmen zur Übernahme der Verordnung», so der Titel. Es ist das UNHCR-Resettlement-Kontingent, das diese legalen Fluchtrouten sicherstellen soll. Die SP will es bei einem

Nein von heute 1600 auf 4000 Personen für zwei Jahre erhöhen. «4000 sind immer noch keine Revolution», sagt Jositsch. «Aber es wäre eine massive Verbesserung gegenüber dem Zustand von heute.»

Schon in der Ratsdebatte hatte die SP eine Erhöhung des Resettlement-Kontingents als Gegenleistung gefordert für ihre Zustimmung zum Frontex-Ausbau. Ein Kompromissvorschlag – 2800 statt 4000 Resettlement-Flüchtlinge – war im Ständerat an einer einzigen Stimme gescheitert. Im Nationalrat setzten dann Die Mitte und die FDP auf einen Deal mit der SVP.

Für Jositsch «richtiger Weg»

Für Jositsch ist das UNHCR-Resettlement-Programm der richtige Weg, «weil die Menschen direkt im Ursprungsland Asyl erhalten», wie er betont. «Müssen sie wie heute laut Asylgesetz an der Schweizer Grenze ein Asylgesuch stellen, finanzieren wir das sehr fragwür-

dige System mit Frontex und seinen Pushbacks.» Als normale Familie mit Kindern komme man nie über das Mittelmeer und an Frontex vorbei.

«Der Bundesrat müsste so rasch wie möglich eine neue Vorlage mit den Massnahmen für das Parlament ausarbeiten, die wir fordern.»

Daniel Jositsch
SP-Ständerat

«Resettlement» bedeutet «Neuansiedlung». Das heisst: Schutzbedürftige Asylsuchende, die in ein Erstaufnahmeland geflüchtet sind, können sich über das entsprechende Programm des UNHCR dauerhaft in einem aufnahmebereiten Drittstaat ansiedeln. Zum Beispiel in der Schweiz. Um für ein Resettlement-Programm infrage zu kommen,

muss eine Person vom UNHCR als Flüchtling anerkannt sein.

Sollte die Bevölkerung am 15. Mai die Frontex-Vorlage ablehnen, könnte der Vorschlag der SP bereits in der Sommersession durch National- wie Ständerat gebracht werden. «Der Bundesrat müsste so rasch wie möglich eine neue Vorlage mit den Massnahmen für das Parlament ausarbeiten, die wir fordern», sagt Jositsch. «Dann kann er sie nach der Abstimmung sofort in der ersten Sitzung der staatspolitischen Kommission traktandieren.» Die Differenzbereinigung zwischen den beiden Räten würde ebenfalls in der Sommersession stattfinden. Für Jositsch ist klar: Die Verzögerung, die sich bei einem Nein zum Frontex-Ausbau an der Urne ergäbe, wäre kein Problem. «Das Geschäft ist schon jetzt verspätet», sagt er. «Wäre eine Verzögerung grundsätzlich nicht möglich, müssten wir ja bereits heute aus Schengen ausgeschlossen sein.»